Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Damme, F.: Die Zukunft der nationalliberalen Partei nach dem Vertretertage vom 12. Mai 1912

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Die Zukunft der nationalliberalen Partei nach dem Vertretertage vom 12. Mai 1912

Von Dr. F. Damme-Berlin

Die nationalliberale Partei Deutschlands befindet sich zurzeit, wie bekannt nicht zum ersten Male, an einer äußerst kritischen Ecke. Zum Verständnis der stark verfahrenen Lage bedarf es einer kurzen Erinnerung an die Vorgänge, welche zur Berufung des Vertretertages im Mai d. Js. nach Berlin geführt haben. Nach dem bisherigen Organisationsstatut der nationalliberalen Partei umfaßte die Parteiorganisation u. a. nicht nur die jungliberalen Lokalvereine, sondern auch den diese wiederum vereinigenden Reichsverband. Dieses Verhältnis erschien dem Zentralvorstande der Partei nicht erwünscht in der Erwägung, daß damit gewissermaßen eine Organisation in die andere geschachtelt, ein Staat im Staate gebildet und die Einheit der Gesamtpartei gefährdet sei. Um diesen Zustand zu beseitigen, stellte daher der Zentralvorstand am 24. März d. Js. einen Antrag des Inhalts, daß die (jungliberalen) Sondervereine sich den landschaftlichen Verbänden der Partei anzuschließen hätten. Dadurch fühlten sich die Jungliberalen in ihren Daseinsbedingungen beeinträchtigt und es entspann sich eine öffentliche Erörterung, welche tiefe Gegensätze in der Partei offenbarte, die sich um die Schlagworte Jungliberalismus und Altliberalismus gruppierten. Schließlich schien aber auf allen Seiten die Einsicht zu überwiegen, daß auf diese Art die Schlag- und Werbekraft der die Partei beherrschenden Grundgedanken leiden müsse, und man einigte sich in einer sogenannten freien Kommission, die alle beteiligten Gruppen umfaßte, dahin, daß man alles beim Alten lassen und nur die Verbände der Sondervereine aus der Organisation der Gesamtpartei ausscheiden solle. Damit war denn auch der Reichsverband der Jungliberalen als solcher zwar gesichert, wohl aber dessen besondere Vertretung in der Partei ausgeschlossen. Der Zentralvorstand eignete sich diesen Beschluß der freien Kommission ein-

stimmig an und der auf den 12. Mai d. Js. nach Berlin einberufene Vertretertag der Partei, beschickt mit mehr als elfhundert Delegierten — ein Zeichen dafür, für wie wichtig in allen Teilen Deutschlands man diese Tagung hielt — nahm den Antrag ebenso einstimmig an. Damit schienen die Gegensätze in der Partei ausgeglichen, und dies um so mehr, als der Reichstagsabgeordnete Bassermann in einem trefflichen Gesamtbericht erklärte, daß zwischen ihm und seinem Freunde Friedberg vom preußischen Abgeordnetenhause niemals elementare Widersprüche bestanden hätten und es tief zu beklagen sei, wenn ihre beiden Namen in den öffentlichen Erörterungen fortgesetzt als die Drehpunkte bei dem ganzen Streite genannt seien. Freilich blieb es angesichts dieser Erklärung dem gewöhnlichen Parteisterblichen rätselhaft, weshalb und woher denn bei der Wahl zum Vorsitzenden im Zentralvorstande die dreißig weißen Zettel kamen, die nicht für Bassermann abgegeben waren.

Die Rede Bassermanns schlug so ein, daß die Mehrheit der bewegten Versammlung den Schluß der Tagung verlangte. Es ist das Verdienst des als Vorsitzender amtierenden Abg. Dr. Paasche, daß er der Minderheit nachgab und die Weiterberatung zuließ. Denn erst im Verlauf dieser mußte allen zum vollen Bewußtsein kommen, daß der Zwiespalt in der Partei nur scheinbar in dem Gegensatze von Jung und Alt bestanden habe, in Wahrheit aber viel tiefer ruhe.

Mit vollem Recht drückte daher bereits der Abg. Dr. Krause, dem der Bericht über die Änderung der Statuten oblag, seinen Zweifel aus, ob nunmehr der Gottesfriede in der Partei gesichert sei. Dieser Zweifel war um so mehr berechtigt, als bereits auf dem Parteitage zu Berlin vor den letzten Reichstagswahlen ebenfalls die herrlichste Einmütigkeit unter den Parteiangehörigen zu herrschen schien, und Dr. Krause damals als Vorsitzender der Befriedigung Ausdruck leihen konnte, daß noch kein Parteitag so harmonisch verlaufen sei wie dieser. Und unmittelbar danach entbrannte gerade der Kampf im Schoße der Partei, dessen Ende man jetzt herbeizuführen gesonnen schien. Freilich mag bei diesen Bestrebungen schon manchem nicht ganz geheuer gewesen sein. Denn die Drohung war laut geworden, daß man innerhalb der Partei trotz des veränderten Organisationsstatuts ein Gegengewicht gegen die jungliberalen Elemente schaffen müsse. Der Verlauf der Verhandlungen auf dem Vertretertag ließ denn auch schließlich gar keinen Zweifel mehr darüber, daß der einmal hervorgetretene Zwiespalt auf diese Art überhaupt nicht beseitigt werden kann, weil er in Verhältnissen begründet ist, die zurzeit jedenfalls mächtiger sind, als der Wille unserer Führer. Um es mit einem Worte zu sagen: es ist die Duplizität der völlig inkongruenten parlamentarischen Verhältnisse im Reiche und in Preußen. Das ist das Ergebnis, das man aus den Ausführungen Bassermanns und des badischen Parteiführers Rebmann einerseits und Friedbergs anderseits entnehmen mußte.

* * *

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Äußerlich betrachtet, bestimmt sich der tiefere Gegensatz zwischen der nationalliberalen Politik im Reichstag und der im preußischen Landtage nach dem Verhältnis zu den Konservativen. Der Abg. Bassermann führte widerspruchlos aus, daß die im Bülowblock vereinigten Parteien durch das Verhalten der Konservativen bei der Reichsfinanzreform wieder auseinandergetrieben worden und den Nationalliberalen der Kampf gegen die Konservativen aufgenötigt worden sei, nachdem diese durch den Bund der Landwirte unter Führung Diederich Hahns den alten Besitzstand der Partei in Hannover bedroht und für sich beansprucht hatten. Ein Zusammengehen mit den Konservativen in den inneren Fragen des Reiches verbiete sich daher von selbst und zwar um so entschiedener, als die Konservativen sich in eine enge Verbindung mit dem Zentrum eingelassen hätten, während der Kampf gegen den Ultramontanismus gerade ein wesentliches Moment des nationalliberalen Parteiprogramms darstelle. Demgegenüber bemerkte der Abg. Friedberg, daß die parlamentarische Lage im preußischen Abgeordnetenhause eine wesentlich andere sei. Hier sei eine Fühlung mit den Konservativen dringend geboten, wenn man nicht gewärtig sein wolle, daß dort die konservativ-klerikale Mehrheit schließlich allein die innere Politik mache zum Schaden des gesamten Liberalismus. Dabei ließ der Abg. Friedberg sehr deutlich das Gefühl des Ekels durchblicken gegenüber dem formalen Verhalten der sechs Sozialdemokraten, durch welches die Verhandlungen im Abgeordnetenhause in unerträglicher Weise gestört und der Parlamentarismus entwürdigt werde. Im Gegensatze hierzu erklärte dann aber der badische Parteiführer Rebmann, daß er es für das größte Unglück des deutschen Volkes halten würde, wenn es nicht gelänge, die Sozialdemokraten mit ihren vierundeinhalb Millionen Stimmen wieder zu positiver politischer Arbeit zu gewinnen. In eindrucksvollster Weise prägte er den Satz: „Man kann ganz gut sagen: mich scheidet eine tiefe Kluft von dir und doch schmiedet mich das Schicksal zu täglicher Arbeit mit dir zusammen!" Und nun vergleiche man: der Süddeutsche faßt die vierundeinhalb Millionen sozialdemokratischer Wähler des Deutschen Reiches ins Auge, der Norddeutsche die sechs sozialdemokratischen Abgeordneten Preußens im Landtage. Dies ist der wahre Gegensatz: der eine Politiker bleibt bei dem Entsetzen über das halbe Dutzend wild gewordener Volksvertreter stehen, der andere will den sozialdemokratisch wählenden dritten Teil des deutschen Volkes wiedergewinnen zur ersprießlichen Mitarbeit an dem Wohlergehen der Nation. Der Zwiespalt innerhalb der nationalliberalen Partei liegt also in letzter Linie in der Behandlung der Frage der Stellungnahme zur Sozialdemokratie. Man darf dieser Frage nicht aus dem Wege gehen, sie ist zu ernst, es handelt sich dabei nicht um die in die Parlamente gewählten Sozialdemokraten, sondern um die Millionen Wähler, welche die Abgeordneten in die Parlamente schicken. Der norddeutsche und der süddeutsche Politiker sind sich einig in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Prinzipien, aber sie sind sich nicht einig in der Bekämpfung der sozialdemokratischen Wähler. Der Ausdruck Kampf darf hier nur

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

im bildlichen Sinne verstanden werden. Man hat ihn entlehnt aus dem Verhältnisse des Krieges zwischen Gegnern, die auf den körperlichen oder doch wenigstens wirtschaftlichen Untergang des anderen Teiles hinarbeiten. Davon kann bei politischen Gegnern, die dem nämlichen Staatsorganismus angehören, keine Rede sein, denn damit würden eben diesem Organismus selbst die tiefsten Wunden geschlagen werden. Es sollte daher in den Ehrenkodex sämtlicher Parteien das strengste Verbot aufgenommen werden, sich wegen der politischen Gesinnung gegenseitig das wirtschaftliche Grab zu graben. Wenn die Sozialdemokraten zu dieser Höhe der Auffassung vom Gedeihen des Staates aus grundsätzlichem Haß gegen diesen sich nicht aufzuschwingen vermögen, so sollten es wenigstens diejenigen Parteien tun, die ein übereinstimmendes Interesse an der Erhaltung des Staatsgebäudes haben. Und zwar nicht nur untereinander, sondern auch den sozialdemokratischen Wählern gegenüber, damit diese für ihre schlechten und staatsgefährlichen Sitten sich nicht auf das schlechte Beispiel der sogenannten bürgerlichen Parteien berufen können. Es ist stets und überall so, daß der edlere Teil dem weniger edlen mit dem guten Beispiel vorangehen muß, selbst auf die Gefahr hin eines vorübergehenden Nachteils im gegenseitigen Kampfe. Schon mit dieser Einsicht wäre manches gewonnen, wenn man sich erinnert, mit welcher blinden Wut bei den letzten Wahlen in gewissen Kreisen mit dem wirtschaftlichen Boykott frevelhaft gespielt worden ist und zwar auch innerhalb der Reihen der bürgerlichen Parteien. Was aber die Bekämpfung der Sozialdemokratie anbetrifft, so wünscht, abgesehen von einigen verblendeten Scharfmachern, niemand mehr die Methode des Sozialistengesetzes herbei. Welche Mittel können also in diesem Kampf nur noch in Frage kommen? Es sind drei: entweder die Einigung aller anderen Parteien gegen die eine, oder die Beschaffung neuer Stimmkräfte, d. h. die Erwerbung politischen Neulandes, die politische Mobilisierung bisher gleichgültiger wahlfähiger Männer, die ihre Wahlstimme garnicht oder sinnlos abgaben, oder endlich die Entziehung der Wahlstimmen der Sozialdemokratie durch deren Gewinnung für andere Parteien, am besten für die eigene Partei. Das erste Mittel, die Einigung mit anderen Parteien, ist das roheste und am wenigsten verläßliche: einer hängt von dem anderen ab und sobald einer Partei ein anderes Ziel wichtiger erscheint, wird die Verbindung gelöst, die Wirkung hört mit einem Schlage auf. Wir haben die Geschichte des Bülowblocks noch in frischester Erinnerung. Der Fürstreichskanzler nannte sein Gedankenkind: „Konservativ-liberale Paarung." Sehr bezeichnend! er hat sich gehütet, von einer konservativ-liberalen Ehe zu sprechen. Er wählte sein Bild aus der agrarisch-animalischen Vorstellungsweise, um anzudeuten, daß es sich um kein auf die Dauer berechnetes Verhältnis, sondern um eine vorübergehende, mehr instinktmäßige Vereinigung handle, die man gegebenenfalls auch wieder schmerzlos aufgeben könne. Der Fürst war ein viel zu gebildeter Politiker, um nicht zu wissen, daß die konservative und die liberale Weltanschauung zwei Gegensätze

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

bilden, einerseits unüberbrückbar, anderseits notwendig für ein sich stets noch entwickelndes Staatsleben. Denn sie schließen in sich die beiden Prinzipien, nach welchen alle Geschichte sich vollzieht: das Prinzip der Beharrung und das Prinzip der Bewegung. Eine organische Verbindung beider ist undenkbar, weil man nicht zugleich stillstehen und fortschreiten kann, wie denn auch Ranke in seiner Weltgeschichte bei der Schilderung der grachischen Unruhen bemerkt: „Was man Fortschritt nennt, ist mit einer strengen Beobachtung der bestehenden Gewohnheiten und Zustände unvereinbar." Wohl aber ist die Abwechslung beider Prinzipien in ihrer Herrschaft nicht nur möglich, sondern auch notwendig, wie das am reinsten im britischen Parlamentarismus zum Ausdruck gelangt ist, wo das Regiment der Tories mit dem der Whigs sich ablöste. Bei uns ist es Sache des leitenden Staatsmannes, wie es der große Meister Bismarck verstand, den richtigen Zeitpunkt zu erhaschen, wann die Zeit der Beharrung, wann die der Bewegung gekommen ist, zum Wohle des Ganzen; denn der Staat braucht einmal Ruhe für die Sammlung seiner Kräfte, ein anderes Mal den Fortschritt für deren Auslösung.

Daher sollten sich Liberale und Konservative gegenseitig achten, weil beide Sparten sich als in der Geschichte begründete notwendige Lebensfaktoren jedes Staates darstellen. Ihre Vereinigung wird nur selten, stets nur auf Zeit und regelmäßig nur für gewisse Fragen, namentlich für solche des nationalen Ansehens nach außen und der Erhaltung der Wehrkraft, möglich sein. Eine Politik der Sammlung dagegen zum allgemeinen Regierungsprinzip erheben zu wollen, wird sich stets als undurchführbar, wenn nicht als die Erklärung des staatsmännischen Bankerotts erweisen. Darum kann auch eine konservativ-liberale Verständigung im preußischen Abgeordnetenhause auf die Dauer nicht durchführbar, jedenfalls nicht allein wirksam sein, und man muß, um die Bekämpfung des gemeinschaftlichen Gegners erfolgreich bewirken zu können, auf die beiden anderen Kampfesmittel zurückgreifen: auf die Politisierung des politischen Neulandes, der Scharen der Indifferenten, und ferner auf den Versuch der Entführung sozialdemokratischer Wähler in das eigene Lager. Über das erste dieser beiden Mittel werden sich Nord und Süd, Alt und Jung einig sein; es ist auch kein Wort über die Notwendigkeit dieses Schrittes zu verlieren, nur über das Tempo, den dabei zu bewahrenden Takt und den aufzuwendenden Eifer mag man hier und da, je nach Temperament, Erfahrung und Kraftgefühl verschieden denken. Der wichtigste Punkt ist und bleibt die Frage der Wiedergewinnung der sozialdemokratischen Wahlstimmen. Denn man darf sie nicht auf fünf Millionen und noch weiter kommen lassen. Dies ist aber gerade der Punkt, an dem der Nationalliberalismus des preußischen und des badischen Redners auseinanderzugehen scheinen. Wenn das so bleiben sollte, so würden wir alsbald dauernd einen nach spezifisch preußischen Verhältnissen sich richtenden Nationalliberalismus und einen reichsdeutschen Nationalliberalismus haben.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Dieser Zustand aber ist unhaltbar und daher ist die Diskussion mit dem Vertretertage keineswegs abgeschlossen, sondern muß nun erst recht einsetzen.

* * *

Die Frage muß sicher und entschieden beantwortet werden: ist es statthaft und für die Parteipolitik geboten, in Preußen anders zu operieren als im Reiche? Würde man diese Frage bejahen dürfen, so würde allerdings kein innerer Gegensatz mehr in der politischen Taktik bestehen. Denn das verschiedene Vorgehen der Partei im Reiche und in Preußen wäre damit allseitig anerkannt und es wäre Sache der Praxis zu entscheiden, ob sich dieses Schaukelsystem durchführen läßt. Hier gerade liegt aber das Bedenken.

Daß man in einer großen Anzahl von untergeordneten Fragen je nach den lokalen Verhältnissen verschieden vorgeht, ist nicht nur in Beziehung auf die verschiedenen Bundesstaaten untereinander, sondern selbst innerhalb dieser, ja innerhalb benachbarter Wahlkreise derselben Provinz allgemeine Übung. Die hier zur Entscheidung stehende Frage, auf welche Weise die Massen der sozialdemokratischen Wähler wieder zu gewinnen sind, wenn dies überhaupt noch möglich ist, ist aber keine untergeordnete, sondern geradezu eine der Lebensfragen einer das gesamte Wohl des Staates ins Auge fassenden Parteipolitik, und kann innerhalb der nämlichen Partei nicht verschieden beantwortet werden, ohne daß man unheilbaren Schaden anstiftet oder überhaupt nicht von der Stelle rückt. Denn wenn die nationalliberale Partei, wie es immer wieder heißt, eine Politik der mittleren Linie ist, so kann es auch nimmermehr zwei mittlere Linien geben, die eine für das Reich, die andere für Preußen. Auch würde man dann zugeben müssen, daß Sachsen, Bayern, Württemberg und jeder weitere Bundesstaat sich wieder eine andere mittlere Linie zulegt und man befände sich schließlich in einem so köstlichen Gewebe von lauter mittleren Linien, daß man die für das Reich bestimmte kaum mehr erkennen könnte. Das wäre der deutsche Partikularismus aus der dynastischen Politik in die Parteipolitik hineinprojiziert und der Reichsgedanke, also gerade der von der nationalliberalen Partei in den Vordergrund gerückte Programmpunkt, müßte die schwerste Not leiden. Kann die Partei in Preußen und im Reiche in den entscheidenden Fragen mit Rücksicht auf die Konfiguration der Parteiverhältnisse nicht mit gleichen Schritten gehen, so ist die Folge zunächst die, daß die Nationalliberalen der anderen Bundesstaaten zu schweigen haben, wenn es sich um die wichtigsten Entschließungen der Partei in dem größten Bundesstaate handelt. Folgeweise dürften sich die Nationalliberalen in Preußen nicht um Parteientschließungen in den anderen Bundesstaaten kümmern und schließlich wäre jeder nationalliberale Parteigänger auf seinen eigenen Staat angewiesen, wenn er sich politisch äußern will, nur in Reichssachen dürfte er dennoch mitreden, obwohl er weiß, daß die Haltung der Partei in Preußen von größter Bedeutung für die Haltung der Gesamtpartei ist, und dort Entschließungen gefaßt werden können, die der Partei in allen Teilen des Reiches zugerechnet werden.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Noch seltsamer, ja geradezu unerträglich würde sich aber das Verhältnis für den Nationalliberalen in Preußen selbst gestalten. Denn dieser müßte in seiner Brust zwei mittlere Saiten spannen, von denen nur die eine erklingen darf, wenn es sich um preußische, nur die andere, wenn es sich um Reichsangelegenheiten handelt. Daß dieser Zustand zu einem heillosen Wirrwarr führen müßte, bedarf keines weiteren Nachweises. Und dennoch scheint es so kommen zu sollen. Denn im unmittelbaren Anschluß an den Parteitag, der so einmütig die Statutenänderung annahm, um das vermeintlich von den Jungliberalen drohende Übel zu beseitigen, hat eine größere Anzahl von Parteifreunden sich zu einem Verbande zusammengeschlossen, um „innerhalb der nationalliberalen Partei für die Aufrechterhaltung des Charakters einer selbständigen Mittelpartei zu wirken". Dazu bemerkte die Nationalliberale Korrespondenz, „daß es sich um den Zusammenschluß von Männern handelt, die dafür arbeiten wollen, daß die Partei bleibt, was sie in vierzigjähriger ruhmreicher Geschichte war: die Partei des nationalen maßvollen Liberalismus, die im Schutze von Staat, Kultur und Einzelpersönlichkeit gegen den Ansturm der Sozialdemokratie eine ihrer vornehmsten Aufgaben sieht." Einen saftigeren Erisapfel hätte nicht der böse Feind in die Reihen der Nationalliberalen schleudern können, wie es hier das offizielle Parteiorgan getan hat. Denn welcher Nationalliberale unterschriebe nicht diesen Satz, und doch hat es das Parteiorgan unternommen, den Inhalt für eine Anzahl Parteifreunde allein in Anspruch zu nehmen, die das Bedürfnis in sich fühlen, zum Zwecke der Hütung der mittleren Linie zu einem besonderen Verbande innerhalb der Partei zusammenzutreten. Das bedeutet für alle anderen Parteiangehörigen den schweren Vorwurf, daß sie entweder nicht willens oder doch nicht imstande seien, die Tradition der Partei zu wahren. Es bedeutet auch die durchaus einseitige Stellungnahme des Organs der Gesamtpartei zugunsten und zum Preise einer bestimmten Gruppe, die der Gesamtpartei Nährkraft entzieht, welche dieser selbst zugute kommen sollte. Es bedeutet ferner eine Verschiebung des Streitpunktes, denn niemand in der Partei ist über das „Ob" der Bekämpfung der Sozialdemokratie im Zweifel, der Streit betrifft immer nur das „Wie". In letzter Linie bedeutet die Ankündigung auch die Zersetzung der Partei. Denn was soll es heißen, wenn der Generalsekretär des neuen Verbandes, der sich inzwischen den Namen „Altnationalliberaler Reichsverband" beigelegt hat, sich über diesen im „Tag" folgendermaßen verbreitet:

„Wir bekämpfen jeden Versuch, den Staat reaktionären und ultramontanen Machtgelüsten dienstbar zu machen, in der Überzeugung, daß wachsende Kultur und Bildung die ideellen Güter des Liberalismus zum Allgemeinwohl aller Schichten des Volkes machen muß. In einem national zuverlässigen liberalen Bürgertume erblicken wir den sicheren Wall gegen die drohende Demokratisierung unseres Vaterlandes. Eine entschlossene und weitschauende Weltpolitik fordern wir als Gewähr unserer gesunden wirtschaftlichen Weiterentwicklung und Erhaltung unserer staatlichen Einheit und Machtstellung. Über alles gehen uns die natio-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

nalen Notwendigkeiten." Auch hier muß man wieder fragen: welcher Nationalliberale denkt nicht ebenso und wie kommt diese Gruppe dazu, diese Auffassung für sich allein zu beanspruchen? Das nämliche gilt von der weiteren Auslassung aus der nämlichen Feder, mit der der Name des Verbandes gerechtfertigt werden soll:

„Wenn wir diese Ziele in einem Verbande zu verwirklichen suchen, der den Namen „Altnationalliberal" führt, dann wollen wir damit keinen Gegensatz zwischen der alten und der jetzigen nationalliberalen Partei konstruieren. Das Wort „Altnationalliberal" soll sagen, daß unbeschadet der Entwicklung und der wechselnden Zeitläufe, die von einer lebendigen Partei die stetig neue Erkenntnis der Zeichen der Zeit verlangen, gewisse Grundsätze aus der großen Zeit der nationalliberalen Partei auch heute und noch für eine absehbare Zukunft ihre volle Daseinsberechtigung haben." Wer unter den Bekennern des nationalliberalen Programms von heute ist anderer Meinung? Die Wahrheit ist die, daß künstlich gewisse Punkte zu Streitfragen innerhalb der Partei frisiert worden sind, die tatsächlich völlig außerhalb jeden Zwistes unter den Parteiangehörigen stehen. Es sollte aber und mußte vom Standpunkte der neuen Gruppe aus ein Gegensatz zum Jungliberalismus, dessen Erfolge manchem unbequem erscheinen, erst erfunden werden. Daher wählte man auch schließlich nach mehrfachem Tasten den Gegensatz „Altnationalliberal", ohne sich daran zu stoßen, daß man sich damit einer Bezeichnung bemächtigt, auf die entweder jeder Nationalliberale Anspruch erheben darf, einschließlich der Jungliberalen selbst, oder welche ein ganz falsches Bild eines garnicht vorhandenen Gegensatzes (Neuliberalismus) erzeugt. Denn das Kennzeichen des Jungliberalismus ist bisher wenigstens in allen Reichsteilen, Baden ausgenommen, die relative Jugend der Mitglieder oder noch besser der Ausschluß der Alten über vierzig Jahre. Die „Altnationalliberalen" werden aber die Mitglieder unter vierzig Jahren so wenig ausschließen wie das irgendein anderer nationalliberaler Verein tut. Der Jugend aber muß man stets etwas nachsehen, denn sie hat den Schwung, den Mut und die Ideale: „Die Welt, sie war nicht, eh ich sie erschuf," läßt Goethe den Schüler dem abgebrühten Teufel gegenüber ausrufen. Man sollte auch niemals vergessen, daß die jungliberale Bewegung eine Errettung der nationalliberalen Partei vor einer gewissen Erstarrung gewesen ist. Sie tauchte gerade zur rechten Zeit für die Wiederbelebung der Partei unter dem Beifall Bennigsens und Hammachers bei uns auf. Der Jungliberalismus hat damit eine geschichtliche Sendung übernommen, die erst dann erledigt sein wird, wenn auch die Partei selbst wieder von einem einheitlichen Gedanken erfüllt sein wird. Daher hat man den Jungliberalen manches zugute zu halten, sie stellen das Gärungselement dar, das notwendig kommen mußte. Und auch bei diesem Punkte darf man wiederum an das versöhnende Wort Goethes erinnern, das jener Schüler dem Mephisto entlockte: „Wenn sich der Most noch so absurd geberdet, Es gibt zuletzt doch noch 'nen Wein." Wenn die konservative Partei seinerzeit so unklug gewesen wäre, den jungen Bismarck, dessen noch wenig abgeklärtes Verhalten sie auch sich zurechnen lassen mußte, abzu-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schütteln, sie hätte sich um den hohen Ruhm gebracht, den Wiederhersteller des Deutschen Reiches aus ihren Reihen emporwachsen zu lassen. Mit der nämlichen Gelassenheit, stelle man sich der jungliberalen Bewegung entgegen und erinnere sich der Weisheit des Sprichwortes, daß Alter auch nicht gerade vor allem schützt. Der Beweis, daß es gerade jungliberale Vertreter im Reichstage gewesen sind, die die Präsidialkandidatur Bebel unterstützt haben, ist jedenfalls nicht geführt worden und es ist daher unverständlich, wie der Generalsekretär des neuen Altnationalliberalen Reichsverbandes bei seiner Darlegung von der Notwendigkeit der Neugründung von jenem Vorkommnisse hat ausgehen können. Mit der Stiftung dieses Verbandes als Gegengewicht oder Gegengift gegen die Jungliberalen hat man die Kraft dieser und damit auch der Gesamtpartei vor der Zeit gelähmt; denn es ist selbstverständlich, daß sich nun ein Kampf entfesseln wird, wie er unter zärtlichen Verwandten üblich ist, und damit wird die Lust und Kraft am Kampfe gegen gemeinschaftliche Gegner aufs schwerste beeinträchtigt. Daß es sich aber bei den Altnationalliberalen um eine Kampforganisation handelt, hat der Abg. Dr. Böttger im „Tag" mit dürren Worten ausgesprochen. Hat aber die Partei so viel Kraft übrig, um nicht nur ihrer Gegner sich zu erwehren, sondern noch in den eigenen Reihen Kämpfe auszufechten? Das dürfte doch eine Vergeudung politischer Machtmittel sein, die eine vorsichtig waltende Parteileitung niemals gestatten sollte.

Dabei entsteht die Frage, ob der Zentralvorstand, der sich durch die Statutenänderung von der Verantwortung für die Handlungen und Entschließungen der selbständigen Reichsverbände befreien wollte, diesem Kampf wirklich als unbeteiligter Zuschauer mit verschränkten Armen gegenüberstehen wird und kann. Es bleibt ihm ja freilich noch der Rumpf der Partei, nachdem die beiden Flügel sich in besonderen Verbänden zusammengetan haben. Aber dem Rumpfe wird auch schließlich nichts übrig bleiben, als sich zu einem besonderen Verbande zusammenzutun und dann wird der Zentralvorstand nur noch ein von drei scharfen Spitzen überragtes Plateau vorstellen. Glaubt man ernstlich, daß ein solcher Zustand haltbar sein und die Partei zusammenhalten kann? Es ist denn doch nur natürlich, daß die Politik selbständig von den drei Organisationen gemacht und der Kampf nicht mehr innerhalb des Zentralvorstandes, sondern außerhalb desselben, als ob er überhaupt nicht vorhanden sei, ausgefochten werden wird. Man hat die uralte Geschichte von den drei Ringen, die wir aus Lessings „Nathan" kennen, hier einmal wieder leibhaft vor Augen. Die sogenannten Altnationalliberalen sagen, daß sie den echten Ring der Parteitradition haben, die Jungliberalen werden das für sich beanspruchen und die Herren in der Mitte der Partei werden beiden sagen, daß sie sich irren und der echte Ring von ihnen bewahrt werde. Wenn nicht alles trügt, so wird der neue Verband eine wesentlich preußische Schöpfung sein, während der Jungliberale Verband wohl seine Hauptstützen im Süden des Vaterlandes findet; wir würden dann die alten Gegensätze in vollster Reinkultur vor uns haben, die

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Mainbrücke wäre wieder hochgezogen und die Entwicklung würde denen recht geben, welche entsprechende Eindrücke bereits von dem Vertretertage mitnehmen konnten. Daß sich auch im Hessenlande Anhänger des altnationalliberalen Verbandes finden, würde als Ausnahme jenen Regelfall nur bestätigen. Deshalb muß man die Neugründung aufs tiefste beklagen, weil sie den erhofften Parteifrieden aufs neue zu stören und den Bestand der Partei zu gefährden geeignet ist. Und das zu einer Zeit, wo alle anderen großen Parteien, Konservative, Ultramontane und Sozialdemokraten, unabhängig von den auch bei ihnen bestehenden Streitigkeiten, jedenfalls die nämliche Taktik in Preußen wie im Reiche befolgen. — Mit diesen Aussichten für die nationalliberale Partei zu werben, erschwert das Geschäft ungemein. Denn wer in diesen ernsten politischen Zeiten Anschluß an eine Partei sucht, um sich selbst zu orientieren und an den öffentlichen Angelegenheiten, die alle angehen, mitzuwirken, der wird nur nach einer starken Hand greifen, die im Stande ist, ihn zu leiten. Niemand aber wird jemanden zum Führer wählen, der selbst nicht weiß, wohin er will.

Die naturwissenschaftliche Weltanschauung als Schöpferin der französischen Literatur des neunzehnten Jahrhunderts

Von Dr. P. Hauck-Essen

1. Der inkonsequente Positivismus in Theorie und Praxis (Beyle, Balzac, Auguste Comte und H. Taine)

Daß sich dauernde Fortschritte in der Entwicklung der Menschheit nicht durch plötzlich eintretende Gewalt erzielen lassen, davon bietet auch die französische Revolution ein Beispiel. Wie schnell war der erste Siegestaumel verrauscht, und wie schnell begannen die alten Zustände zurückzukehren! Die Monarchie löste gar bald die Republik wieder ab, und die Abkehr von der Kirche fand im Konkordat ein frühes Ende. Das Geistesleben des beginnenden Jahrhunderts schritt sogar noch weit hinter das Jahr 1789 zurück. Nicht die Aufklärungsphilosophie Voltaires, nicht der Materialismus Condillacs, nicht Rousseaus romantisches Ideal von der Rückkehr zur Natur erhoben ihr Haupt aus den Trümmerhaufen der Revolution; ein fremdländisches Gewächs zeigte sich plötzlich dem erstaunten Blick und wucherte fast zwanzig Jahre so üppig auf dem Brachland, daß die junge Saat nicht aufgehen konnte.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG